

Heinrich Brüning, Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages (24. Mai 1932)

Kurzbeschreibung

Der Zentrumspolitiker Heinrich Brüning (1885-1970) war von März 1930 bis Ende Mai 1932 Reichskanzler. Seine Politik der Sparmaßnahmen und Deflation brachten ihm den Spitznamen „Hungerkanzler“ ein, da sie die Wirtschaftskrise, die Brüning damit beenden wollte, nur noch verschärfte. Da er für diese Politik keine parlamentarische Mehrheit gewinnen konnte, regierte er mit Unterstützung Reichspräsident Hindenburgs durch Notverordnungen und schloss so den Reichstag de facto von der Regierung aus. Sein wichtigstes außenpolitisches Ziel war die Revision der Reparationsforderungen der Alliierten. Angesichts der Weltwirtschaftskrise waren die Reparationszahlungen 1931 für ein Jahr ausgesetzt worden (Hoover Moratorium). Brünings Regierung argumentierte, dass Deutschland auch nach Ende des Moratoriums nicht in der Lage sei, seine zuletzt durch den Young-Plan modifizierten Reparationszahlungen zu leisten.

In dieser Rede, die Brüning eine Woche vor seinem erzwungenen Rücktritt vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hielt, betonte er die zentrale Rolle der USA für eine Streichung der Reparationen. Da Frankreich und Großbritannien bei den USA ihre Kriegskredite abzuzahlen hatten, konnten sie nicht auf die Reparationszahlungen aus Deutschland verzichten, solange die USA nicht bereit waren, die interalliierten Kriegsschulden zu erlassen. Einen Monat später fand in Lausanne eine Konferenz zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland statt, auf der faktisch das Ende der Reparationen eingeleitet wurde. Brüning, der unterdessen die Unterstützung Hindenburgs verloren hatte, war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits durch Franz von Papen als Reichskanzler ersetzt worden.

Quelle

[...]

Ich habe stets an der Linie festgehalten, theoretisch diese Frage zu diskutieren, um zu dem Ergebnis zu kommen, das ja letzten Endes für die Nationalökonomen und Weltbankiers seit langer Zeit feststeht, daß nämlich jede Reparationszahlung Deutschlands eine neue Störung der Weltwirtschaft bedeuten würde.

(Zuruf Abg. Dr. Quaatz: Sie lehnen auch die Verbindung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Kriegsschulden ab?)

Das ist unsere absolute These, das ist auch die These der Vereinigten Staaten.

Aber Sie gestatten mir doch zu sagen: Praktisch ist es für die Länder, die uns die Reparationen streichen sollen, ganz klar, daß sie das nur konditionell machen werden, eben wenn die Vereinigten Staaten ihrerseits einen Strich unter die interalliierten Schulden ziehen werden. Ob de facto im Youngplan eine Verbindung herbeigeführt ist oder nicht, spielt dabei keine Rolle. Diese Länder würden sich nie dazu hergeben, einseitig eine Streichung der Reparationen vorzunehmen, wenn sie nicht gleichzeitig zum mindesten eine Erleichterung oder eine Streichung ihrer Schulden seitens der Vereinigten Staaten bekommen würden.

Darin liegt die Komplikation des Problems, und deshalb – es ist mir vorgeworfen worden, Illusionen zu haben – habe ich auch in Anbetracht der Lage in den Vereinigten Staaten keine Illusionen. Das eine ist aber sicher, daß nämlich wegen dieser de facto-Verknüpfung zwischen den interalliierten Schulden und den Reparationen die erste Initiative von den Vereinigten Staaten ausgehen mußte, wenn man

überhaupt funditus an die Aufrollung des Reparationsproblems herangehen wollte.

[...]

Es gibt aber Möglichkeiten, und ich bin fest überzeugt, daß es notwendig ist, diese Dinge gleichzeitig zu lösen. Bei der Abrüstungs- und der Reparationsfrage ergibt es sich sofort, aber auch die übrigen Fragen müssen gleichzeitig gelöst werden.

Meine sehr verehrten Herren! Bedenken Sie doch, was für ein gewaltiger Komplex es ist, wenn wir zur Lösung dieser drei großen Probleme kommen, und welch gewaltiger Fortschritt diese Lösung gegenüber dem Versailler Vertrag bedeuten würde! Ich will nur darauf hinweisen, daß diese drei Dinge zusammen die Voraussetzung für eine Wiederkehr des Vertrauens in der Welt bilden.

Mit der Wiederkehr dieses Vertrauens allein ist es möglich, daß das Kapital wieder in Anlagen hineingeht. Damit allein ist die Möglichkeit geschaffen, die Arbeitslosigkeit, die die Welt zu vernichten droht, langsam wieder zu beseitigen und in eine Aera zu kommen, die zwar keine Prosperität im Sinne der Jahre 1927 und 1928 bedeutet, die aber eine Lebensmöglichkeit für die Völker und für alle Schichten der Völker schaffen kann. Und darum geht der große Kampf! Wenn ich das ausgesprochen habe, wiederholt und andeutungsweise, und wenn ich einen gewissen Optimismus dahinter setze, trotzdem ich von Haus aus nicht Optimist bin, dann bitte ich, mir das nicht zu verübeln, denn die Not eilt und die Zeit eilt und ich bin überzeugt, daß die Not die Völker zwingen wird!

Quelle: Heinrich Brüning, *Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns*. Hrsg. von Wilhelm Vernekehl unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. Münster: Verlag Regensburg, 1968, S. 165-188.

Empfohlene Zitation: Heinrich Brüning, Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages (24. Mai 1932), veröffentlicht in: German History in Documents and Images, <<https://germanhistorydocs.org/de/die-weimarer-republik-1918-1933/ghdi:document-4643>> [16.03.2026].